Vor 45 Jahren, am 28. November 1975, hatte die kleine portugiesische Kolonie Osttimor in Südostasien ihre Unabhängigkeit deklariert. Das große „Pech“: Diese währte nur neun Tage. Dann marschierten indonesische Militärs in das Land ein, annektierten es ein Jahr später und blieben dort ein Vierteljahrhundert lang als verhasste Besatzer. Politisch-diplomatisch protegiert und militärisch ausgerüstet von Washington, Bonn, Canberra und London im Zeichen von „freedom & democracy“. Es galt nach dem ein halbes Jahr zuvor erlittenen Desaster der USA in Vietnam, ein „zweites Kuba“ unbedingt zu verhindern. Die bittere Folge: Während der bleiernen Jahre der indonesischen Okkupation starb ein Viertel der damals etwa 800.000 Einwohner Osttimors an den Folgen militärischer Kampfhandlungen, von Gewalt und Vertreibung sowie Hunger und Krankheiten. Ein Rückblick von **Rainer Werning**.

Einleitung

Die sogenannte Nelkenrevolution vom 25. April 1974 bedeutete für das einst mächtige Kolonialreich Portugal das Ende des faschistischen *Estado-Novo*-Regimes unter António de Oliveira Salazar beziehungsweise Marcelo José das Neves Alves Caetano und gleichzeitig den Beginn eines raschen Entkolonialisierungsprozesses. Mit der Konsequenz, dass die bis dahin andauernden Kolonialkriege in Lissabons afrikanischen Besitzungen Angola, Mosambik, Guinea-Bissau, São Tomé und Príncipe sowie Kap Verde binnen eines Jahres eingestellt und diese Länder in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Mit Blick auf Portugals fernöstliche Kolonie Portugiesisch-Timor oder Osttimor gestaltete sich ein solcher Transformationsprozess weitaus schwieriger.

Dort hatten sich kurz nach der Nelkenrevolution im „Mutterland“ gleich mehrere Parteien mit freilich gänzlich unterschiedlicher politischer Couleur formiert, die jeweils um den größten Rückhalt in der Bevölkerung rangen. Trat beispielsweise die Associação Popular Democrática Timorense oder Associação Popular Democrática de Timor (APODETI – Timoresische Volksdemokratische Assoziation) mit der Forderung auf den Plan, sich bedingungslos dem mächtigen Nachbarn Indonesien anzuschließen und Bahasa Indonesia als neue Landessprache einzuführen, verfocht die União Democrática Timorense (UDT – Demokratische Timoresische Union) das politische Ziel, auch weiterhin engste Beziehungen mit Portugal zu pflegen. Demgegenüber favorisierten die Anhänger der Frente Revolucionária de Timor-Leste Independente (FRETILIN – Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit von Osttimor) die Unabhängigkeit des Landes, die sie samt ihren später aufgestellten bewaffneten (Guerilla-)Einheiten der Forças Armadas de Libertação Nacional de Timor-Leste (FALINTIL – Bewaffnete Kräfte zur nationalen Befreiung Osttimors) durchzusetzen und notfalls zu verteidigen trachteten.

Nach einer nur kurze Zeit währenden Koalition zwischen der FRETILIN und UDT zerbrach dieses Zweckbündnis. Mit teils offenen, teils verdeckten Maßnahmen mischten sich zunehmend indonesische Generäle sowie der indonesische Geheimdienst *Bakin* (das Staatliche Koordinationsorgan der Geheimdienste) in die inneren Belange der Kolonie ein, um die UDT in ihrem Sinne zu manipulieren und sie als Front „gegen den Kommunismus", womit die FRETILIN gemeint war, aufzubauen. In einem Showdown, in dessen Folge es zu einem Bürgerkrieg kam, gewann die FRETILIN als numerisch stärkste Kraft im Lande militärisch und politisch die Oberhand und deren Führung verkündete am 28. November 1975 die unabhängige Demokratische Republik Osttimor. Diese währte gerade einmal neun kurze Tage, als am 7. Dezember 1975 indonesische Militärs in Osttimor einmarschierten und das Land ein Jahr später vom amtierenden Suharto-Regime in Jakarta als 27. Provinz Indonesiens annektiert wurde. Noch bittere zweieinhalb Jahrzehnte sollten vergehen, bis Portugals einstige Kolonie als Timor-Leste endgültig am 20. Mai 2002 seine Unabhängigkeit unter Teilnahme zahlreicher ausländischer Gäste in der Hauptstadt Dili zu feiern vermochte.

Suharto – ausgesprochener Darling der „westlichen Wertegemeinschaft"

Es ist ein in der Region Südostasien großes Paradoxon, dass der Vietnamkrieg, der in Vietnam selbst der „Amerikanische Krieg" genannt wurde, aus US-amerikanischer Sicht desaströs endete, doch Washingtons Militärstrategen und die CIA mit Blick auf Indonesien eine äußerst erfolgreiche Counterinsurgency- beziehungsweise Aufruhrbekämpfungs-Strategie exekutierten. Auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges 1965/66 putschte sich im größten und bevölkerungsreichsten Land Südostasiens mit General Suharto der Chef der Eliteeinheit Kostrad an die Macht, der seitdem zum ausgesprochenen Darling der „westlichen Wertegemeinschaft" avancierte. Allein schon deshalb, weil er im Prozess seiner Herrschaftssicherung einen rabiaten Kurs gegen alles „Linke" führte und mit der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) die weltweit drittstärkste kommunistische Partei nach der KP Chinas und der KPdSU (Sowjetunion) nahezu physisch liquidieren ließ.

„Ich habe vermutlich viel Blut an meinen Händen, aber das ist nicht unbedingt schlimm. Manchmal muss man hart durchgreifen", erklärte Robert Martens, der 1965 Mitarbeiter der US-Botschaft in Jakarta war und dort als Kommunismus-Experte den Schergen Suhartos zuarbeitete. In der Botschaft liefen sämtliche sensiblen Informationen über die PKI-Struktur zusammen, die sodann indonesischen Militärs übermittelt wurden, welche ihrerseits die „Drecksarbeit" erledigten. Indonesien galt Mitte der 1960er Jahre als ein „Modell für Vietnam", so William Colby, der 1965 in der CIA für den Fernen Osten zuständig war und danach zum Chef des „Phönix"-Programms in Südvietnam avancierte. Durch diese Militäraktion sollte die Infrastruktur des Widerstandes gegen die USA und ihre

südvietnamesischen Marionetten zerstört werden. Laut Colby wurden dabei „nur gut 20.000 Vietnamesen“ umgebracht.[1]

„Amerikanische Elitemedien begrüßten den Völkermord“, schrieb Åsa Linderborg in der Stockholmer Tageszeitung *Aftonbladet*, „laut *Time* war das die ‚beste Nachricht seit Jahren in Asien‘, und das Magazin kommentierte glücklich ‚das heiße Blutbad, das 400.000 Leben kostete, und kaum jemand bemerkte‘. Selbst die *New York Times* war außer sich, hat das entsetzliche Geschehen aber mehrere Jahre später als ‚eine der barbarischsten Massenabschlachtungen in der modernen politischen Geschichte‘ bezeichnet“.[2] Indonesien sollte unbedingt ein Vorposten westlicher Interessen in der Region bleiben, den es ein für alle Mal „vom Virus der Subversion und Instabilität“, so der damalige US-Außenminister Henry A. Kissinger, zu befreien galt. Aus diesem Grund wurden sämtliche innen- wie außenpolitischen Schandtaten während der Suharto-Ära in den westlichen Hauptstädten stillschweigend geduldet.

Die Regierungen der USA und Australiens waren dabei zweifellos die engsten Verbündeten der Machthaber in Jakarta. In London, so der frühere britische Botschafter in Jakarta, John Ford, brüstete man sich mehrfach öffentlich damit, die Kontroverse um „die Vorfälle in Osttimor“ vom Parkett der internationalen Politik und Diplomatie ferngehalten zu haben, vor allem als Großbritannien den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat innehatte. Selbst der Tod zweier britischer Journalisten, die im Oktober 1975 in Osttimor bei Recherchen von indonesischen Sicherheitskräften umgebracht worden waren (s.u. *Exkurs II: Balibo Five oder Vertuschungen & straffreier Journalistenmord*), war London keiner hartnäckigen Untersuchung wert.[3]

Suharto war aus „westlicher“ Perspektive der antikommunistische Gewährsmann in der Region par excellence. Überdies ließen sich mit ihm und seiner politischen Klientel – in ungleich größerem Maße als mit den anderen beiden Haudegen von Washingtons Gnaden in Südost- und Ostasien, Ferdinand E. Marcos in den Philippinen und Park Chung-Hee in Südkorea – vorzüglich Geschäfte machen. Groß war der indonesische Markt. Und größer noch waren die Begehrlichkeiten westlichen Kapitals, dort kräftig zu hecken und Suhartos angepeiltes Aufrücken in den Club der sogenannten Tigerstaaten zu unterstützen, bis sich Ende der 1990er Jahre die Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer tiefgreifenden politischen und Legitimitätskrise verband und den Despoten im Mai 1998 zum Rückzug zwang.

Als im Frühjahr 1975 mit der überstürzten Evakuierung der letzten US-Bürger aus der damaligen südvietnamesischen Hauptstadt Saigon das Desaster der US-amerikanischen Aggressionskriege gegen Vietnam, Laos und Kambodscha auch und gerade telegen ausgeleuchtet wurde, reiften in Jakarta und Washington bereits konkrete Pläne einer

neuerlichen militärischen Intervention beziehungsweise Aggression. Diesmal allerdings fernab jedweder größeren internationalen Öffentlichkeit und medialen Berichterstattung.

Just zu der Zeit, als sich Suharto anschickte, seinen Soldaten den Befehl zur Invasion Osttimors zu erteilen, weilten US-Präsident Gerald Ford und sein Außenminister Henry A. Kissinger in Jakarta auf Staatsvisite. Beide Seiten stimmten darin überein, dass sozusagen vor Jakartas Haustür „ein zweites Kuba" auf keinen Fall entstehen durfte. Ford und Kissinger waren nicht nur vollumfänglich in Jakartas Invasionspläne eingeweiht. Der verschlagene Kissinger bestand dabei noch auf zweierlei: Suharto sollte mit der Invasion erst beginnen, wenn er (Kissinger) und Präsident Ford wieder in Washington weilten. Und der Einmarsch in Osttimor solle auf schnellstmöglichem Wege im Sinne eines „quick fix" erfolgen. Beides geschah denn auch plangemäß, wie publizierten Dokumenten des *National Security Archive (NSA)* zu entnehmen ist.

Exkurs I: Das NSA oder „Wegen Osttimor den Indonesiern die Zähne einschlagen?"

Das NSA ist ein unabhängiges Forschungsinstitut mit angeschlossener Bibliothek an der George Washington University in Washington, D.C. Seit Jahren sammeln und publizieren die Mitarbeiter des Archivs sogenannte deklassifizierte Dokumente früherer US-amerikanischer Regierungen, die auf der Basis des *Freedom of Information Act (FOIA)* publik gemacht werden müssen.

Bereits am 27. Juli 2001 veröffentlichte das NSA Dokumente des State Department (Außenministerium) auf seiner Homepage im Internet mit dem Titel: *„Die auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten, 1964 bis 68 – Band XXVI: Indonesien; Malaysia-Singapur; Philippinen".* Allein der zu Indonesien relevante Teil belegt auf reichlich 500 Seiten die aktive Zusammenarbeit US-amerikanischer Politiker, Diplomaten und Militärs mit dem Suharto-Regime, das seinen betont prowestlichen, antikommunistischen Kurs als „Neue Ordnung" drapierte.

Am 6. Dezember 2001 legte das NSA unter der Federführung von William Burr und Michael L. Evans Dokumente aus der Zeit der Osttimor-Invasion 1975/76 vor, die zweifelsfrei die Komplizenschaft der damaligen Ford-Administration mit dem Suharto-Clan belegen. Diese Dokumente vermitteln tiefe Einblicke in das, was der Publizist Anthony Lewis am 8. September 1999 in der *International Herald Tribune* „Kissingerschen Realismus" genannt hatte. So hatte beispielsweise US-Außenminister Henry A. Kissinger unmittelbar nach dem Suharto-Besuch Anfang Dezember 1975 kritische Nachfragen in seinem eigenen Stab mit dem ihm eigenen derben Argument pariert: „Ich weiß, was das Gesetz ist. Doch kann es in unserem nationalen Interesse liegen (…), den Indonesiern die Zähne einzuschlagen?"

Bereits im Oktober 1975, also etwa sechs Wochen vor der offenen Osttimor-Invasion, hatten indonesische Eliteeinheiten dort mit Wissen Kissingers Geheimoperationen durchgeführt. Daraufhin konstatierte dieser gegenüber seinem engsten Stab von Mitarbeitern: „Ich gehe davon aus, dass Sie in dieser Angelegenheit wirklich den Mund halten." In einem exklusiv für Kissinger bestimmten Memorandum hatte David Newsom, zu der Zeit US-Botschafter in Jakarta, bereits im März 1975 (knapp neun Monate vor der Osttimor-Invasion) skizziert, worum es eigentlich ging: „Die USA haben beträchtliche Interessen in Indonesien und keine in Timor." Und beim Einmarsch in der ehemaligen portugiesischen Kolonie war das größte Waffenkontingent der indonesischen Truppen *made in the USA*.

Schließlich machte das NSA am 28. November 2005 weitere Dokumente zugänglich, die Brad Simpson, Historiker an der University of Maryland und Direktor des Indonesien- und Osttimor-Dokumentationsprojekts der NSA, wie folgt kommentierte: „Diese Dokumente verdeutlichen die Notwendigkeit, international auf eine genuine Aufklärung hinzuarbeiten und die Schuldigen der unsäglichen Leiden in Osttimor zu benennen."

Innige deutsch-indonesische Partnerschaft

Unterstützer, Partner und Dulder des Suharto-Regimes war von Anfang an auch die Bundesrepublik. „Der nach dem Ausscheiden Sukarnos (Indonesiens erster Präsident und Vorgänger Suhartos, der am 17. August 1945 die Unabhängigkeit des Landes ausgerufen hatte – *RW*) begonnene Wandel in Staat und Gesellschaft", hatte bereits das Düsseldorfer *Handelsblatt* [4] früh und in Erwartung lukrativer Geschäfte verzückt-euphemistisch kommentiert, „ist in Indonesien noch nicht abgeschlossen. Suhartos Verdienst besteht darin, dass er diesen Wandel mit der Geschmeidigkeit und Geduld eines typischen Zentraljavaners ermöglicht hat. (…) Immerhin verfügt Suharto neben javanischer Geschmeidigkeit und Geduld auch über taktisches Gespür und notfalls Entschlossenheit, wie er das bei der Ausschaltung seines Vorgängers hinlänglich bewiesen hat."

Langjährig und intensiv unterstützte der *Bundesnachrichtendienst (BND)* die indonesischen Militärs mit Logistik und Waffen. Über die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz gab's laut Recherchen des Fernsehmagazins *Monitor* für die fernen Freunde – unter dem Vorwand der „Drogenmissbrauchsbekämpfung" – Hilfestellung in Form von Ausbildungskursen für Offiziere an der *Bundeswehrakademie Hamburg-Blankenese* sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe *GSG-9* in Hangelar bei Bonn. Unter anderen hatte dort auch der Schwiegersohn Suhartos, General Prabowo Subianto, 1981 eine Sonderausbildung erhalten.[5]

In seine Heimat zurückgekehrt, avancierte Prabowo zum Chef der indonesischen militärischen Spezialeinheiten und übernahm zudem das Kommando über das wegen seiner

Brutalität gefürchtete *Detachment 81*. Als einer der Drahtzieher von Liquidierungskampagnen gegen Oppositionelle inkriminiert, konnte sich Prabowo nach dem Rückzug seines Gönners und Schwiegervaters Suharto am 21. Mai 1998 und trotz unehrenhafter Entlassung aus der Armee wegen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen unbehelligt nach Jordanien zu seinem dort lebenden Bruder absetzen.[6] Der frühere BND-Chef Reinhard Gehlen kommentierte Suhartos Militärputsch und blutigen Machtantritt ganz im Jargon des Kalten Krieges: „Der Erfolg der indonesischen Armee, die (…) die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.“[7]

Laut *Monitor*-Recherchen bildete der BND auch indonesische Agenten in Deutschland aus. Überdies lieferte man aus Deutschland militärische Elektronik, zum Beispiel über die BND-nahe Firma *Telemit*. Die Geheimdienstkontakte hatten sich dermaßen freundschaftlich gestaltet, dass der BND in der Deutschen Botschaft in Jakarta auch eine sogenannte legale Residentur einrichten konnte. Der Zweck dieser BND-intern als *FB 70* bezeichneten Residentur: enge Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Suharto-Diktatur. 1984 ist gar ein Kooperationsabkommen über Polizeiausbildung und -technologie abgeschlossen worden, das auf bundesdeutscher Seite von der *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)* in Eschborn unterschrieben, somit unter Entwicklungshilfe (mittlerweile heißt das politisch korrekt „Entwicklungszusammenarbeit“) subsumiert wurde.[8] Immerhin rangierte Indonesien (mit Indien, Ägypten und der VR China) seinerzeit ganz oben in der Rangliste der meistbegünstigten Empfänger bundesdeutscher Entwicklungshilfe.

Aus der BRD fand auch massenhaft militärisches Gerät den Weg nach Indonesien, von Fregatten aus Beständen der früheren *Nationalen Volksarmee* bis hin zu Maschinenpistolen der Firma *Heckler & Koch*. Hubschrauber vom Typ BO-105 der Firma *Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB)* wurden unter deutscher Lizenz im Lande selbst gefertigt. Selbst (Kampf-)Uniformen ließ die Bundeswehr in der javanischen Textilfirma *Sritex* zu Billigstkonditionen nähen. Der an der *Technischen Hochschule Aachen* ausgebildete germanophile MBB-Fan, langjährige Technologieminister und Suharto-Intimus Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie ging mit Kritikern derartiger Deals nicht zimperlich um. Als namhafte Wochenmagazine in Jakarta 1994 beispielsweise den Ankauf von 39 modernisierungsbedürftigen Kriegsschiffen aus Deutschland bemäkelten – Gesamtsumme: 650 Mio. US-Dollar – ließ Habibie sie kurzerhand durch das Informationsministerium verbieten.[9]

Internationalisierung der Osttimor-Frage in der Post-Suharto-Ära

Bis zum freiwilligen Abgang von der politischen Bühne im Mai 1998 infolge einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise hatte Suharto international keinerlei ernsthafte Anfeindungen wegen der Annexion und Okkupation Osttimors zu befürchten. Das änderte sich erst, als sein handverlesener Nachfolger Bacharuddin Jusuf Habibie kurz nach seinem Amtsantritt ankündigte, in Osttimor ein Referendum durchführen zu lassen, um auf diese Weise den sich mehrenden kritischen Stimmen im Ausland die Spitze zu nehmen sowie die schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Erschütterungen im Innern abzufedern. Doch der neu-alte Stützpfeiler des Regimes, das mächtige Militär, rief sofort zum Widerstand gegen diese Entscheidung auf. Deren Spitzen befürchteten, dass mit Osttimor ein Fanal gesetzt würde und in der Folge auch in anderen Regionen des Archipels zentrifugale Kräfte beziehungsweise Unabhängigkeitsbestrebungen entfesselt werden könnten, welche den Zentralstaat in seinem Bestand bedrohten.

Außerdem befürchtete man in den Reihen des Militärs eine Aufweichung seiner selbsterkorenen Rolle als hehrer Wahrer der „dwi fungsi“, wonach dem Militär eine Doppelfunktion zukommt: Im Inneren wirkt es sozialpolitisch im Sinne von Ruhe, Ordnung und Stabilität und garantiert darüber hinaus als Wahrer nationaler Integrität und Souveränität den Zusammenhalt des Staatsverbandes. Zwar opponierten die Streitkräfte nicht offen gegen Habibie, unternahmen allerdings hinter den Kulissen alles, um ein osttimoresisches Unabhängigkeitsvotum, dessen Termin schließlich am 30. August 1999 anberaumt wurde, durch gezielte Destabilisierungsmaßnahmen zu unterlaufen. Bereits Monate vor dem mehrfach verschobenen Referendum hatten die Führer des aus sämtlichen gesellschaftlichen Schichten Osttimors gebildeten Widerstandsrates auf eine unmittelbare und angemessene UN-Repräsentanz gedrängt – ein Wunschtraum, wie sich fatalerweise herausstellen sollte.

„Gutartiger Terror“ versus „bösartiger Terror“

Die Entfernung zwischen dem Kosovo und Osttimor markierte just zu der Zeit die Kluft zwischen bombengelaunten „humanitären Interventionisten“ und perfiden Zynikern der Macht. Von „erzwungenem Massenexodus“, „systematischem Völkermord“ – gar „einem neuerlichen Auschwitz“ – war im Frühjahr 1999 die Rede, als im Namen von Menschenrechten ein rasches, kompromissloses und kostspieliges Handeln in Jugoslawien propagiert und umgesetzt wurde. Eine geballte bellizistische Formation von NATO-Haudegen bis hin zu den Bündnisgrünen führte und befürwortete einen elfwöchigen Luftkrieg gegen das Slobodan-Milošević-Regime, der mehr Probleme schuf, als er zu lösen vorgab.

Im Falle des erneuten indonesischen Staatsterrors gegen Osttimor, der in unterschiedlicher

Intensität seit zweieinhalb Dekaden angedauert hatte und sämtliche UN-Verurteilungen ungestraft ignorieren konnte, war auf einmal alles ganz anders. Hier konnte der Befehlshaber der indonesischen Truppen in Dili, Oberst Tono Suratman, zwei Wochen vor dem Referendum unbehelligt schwadronieren: „Sagen wir es ganz deutlich: Wenn die Pro-Unabhängigkeitskräfte siegen, wird alles zerstört. Osttimor wird nicht mehr so sein, wie es jetzt noch ist. Es wird schlimmer als vor 23 Jahren werden“ (als indonesische Streitkräfte die erste Terrorwelle in Osttimor auslösten – *RW)*.[10]

Die lautstärksten Apologeten des NATO-Krieges gegen Jugoslawien, von US-Präsident Bill Clinton und dem britischen Premierminister Tony Blair bis zum bundesdeutschen Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Außenminister Joseph Martin Fischer, handelten jetzt gemäß der Devise des früheren US-Präsidenten Teddy Roosevelt: „Jemand mag ein Schurke sein, entscheidend ist, er ist unser Schurke.“ Noch am 7. September 1999 – das Morden, Plündern und Niederbrennen der Milizen war in vollem Gange – hieß es in London, man erwäge keine Sanktionen gegen Jakarta, da diese „ineffektiv“ seien. Stattdessen favorisierte man eine „quiet diplomacy“ – hinhaltend und überdies mit mickrigem Budget versehen.

Ein Dokument der indonesischen Armee von Anfang Mai 1999, da man endlich ein internationales Abkommen über das Referendum erzielt hatte, enthielt laut *Sydney Morning Herald* (8. und 26.7.1999) und der *Australian Financial Review* (13.9.1999) denn auch die unmissverständliche Order, „nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses in allen Dörfern Massaker anzurichten, falls die Verfechter der Unabhängigkeit siegen“. Die Unabhängigkeitsbewegung sei „von der Führung bis zur Basis auszuschalten“. (*The Observer,* 13.9.1999) Das angekündigte Grauen, von pro-indonesischen Milizen beziehungsweise „pro-integrationistischen“ Elementen inszeniert und von den Militärs gedeckt, nahm seinen Lauf und die „westliche Wertegemeinschaft“ schaute zu.

Unmittelbar nach dem Referendum vom 30. August 1999, in dem die Bevölkerung Osttimors mit knapp 80 Prozent eindrucksvoll für die Unabhängigkeit votiert hatte, nahmen Gräueltaten, organisiert und überwacht vom indonesischen Militär, erschreckende Ausmaße an. Am 7. September zitierte die französische Nachrichtenagentur *AFP* einen pro-indonesischen Milizenführer, der die Strategie Jakartas ungeschminkt offenlegte: Ziel sei es demnach, bis zu 300.000 Osttimoresen in den (indonesischen) Westteil der Insel zu deportieren und Osttimor mit Indonesiern neu zu bevölkern.

Die ohnehin zu spät in die Krisenregion entsandte UN-Mission *UNAMET* (United Nations Assistance Mission in East Timor) gab in ihrem Bericht vom 11. September, also knapp zwei Wochen *nach* dem Referendum, folgende Lageeinschätzung: „Die unmittelbare Verbindung

zwischen Milizen und (indonesischem – *RW*) Militär steht außer Zweifel und wurde von UNAMET während der letzten vier Monate in erdrückender Deutlichkeit dokumentiert. Doch Ausmaß und Intensität der Verheerungen, die Osttimor während der vergangenen Woche erlebt hat, demonstrierten ein neues Niveau der offenen Beteiligung des Militärs an Operationen, die vormals eher verdeckt durchgeführt wurden." Und die UNAMET warnte: „Das Schlimmste dürfte erst noch bevorstehen. Es ist nicht auszuschließen, dass hier die erste Phase einer Völkermordaktion abläuft, mit der das Problem Osttimor gewaltsam aus der Welt geschafft werden soll."[11]

Während die indonesischen Streitkräfte und ihre Milizen im September 1999 mordend und plündernd durch Osttimor zogen, die Hauptstadt Dili niederbrannten und massenhaft Menschen nach Westtimor verfrachteten[12], blieb man in den westlichen Hauptstädten auch dieses Mal tatenlos. UN-Generalsekretär Kofi Annan bemühte sich derweil in Jakarta um ein Plazet dafür, mehr Beobachter und Blauhelme nach Osttimor schicken zu dürfen. Das veranlasste Noam Chomsky, langjähriger Linguistikprofessor am renommierten *Massachusetts Institute of Technology (MIT*) und seit dem Vietnamkrieg einer der profiliertesten Kritiker der US-amerikanischen Außenpolitik, zu der Feststellung:

> „Die US-Luftwaffe, die in Jugoslawien zivile Ziele punktgenau vernichten konnte, sah sich außerstande, Nahrungsmittel für hungernde Menschen abzuwerfen, die vom Terror der indonesischen Streitkräfte in die Berge getrieben wurden – von Truppen also, die von den USA und ihren Verbündeten ausgerüstet und ausgebildet werden. (…) In den Monaten vor dem August-Referendum wurden nach glaubwürdigen Kirchenquellen 3.000 bis 5.000 Menschen umgebracht. Das wären doppelt so viele Tote wie im Kosovo in der Periode vor den NATO-Bombenangriffen und sogar viermal so viel, wenn man es in Relation zur Gesamtbevölkerung setzt. Der Terror war umfassend und sadistisch und sollte warnend darauf hinweisen, was jeden erwartete, der den Befehlen der Besatzungsarmee zu trotzen wagte".[12]

Chomsky war es auch, der bereits zum früheren Zeitpunkt „gutartigen" („benign") von „bösartigem („malign") Terror" unterschied, wobei Ersterer sich dadurch auszeichne, dass er sich innerhalb der Parameter von „freedom & democracy" vollziehe, mithin „entschuldbar" und „tolerierbar" sei. Gemäß dieser Lesart war die Herrschaft Suhartos „benign", die eines Milošević hingegen als „malign" zu charakterisieren. So bezogen zwar internationale Beobachter der *UN-Mission in East Timor (UNAMET)* in Osttimors Hauptstadt Dili Quartier, doch bereits zehn Monate vor dem Referendum gingen „pro-

integrationistische Elemente“ – sprich: pro-indonesische Milizen – gegen alle vor, die verdächtigt wurden, gegen die fortgesetzte Herrschaft Jakartas zu votieren.

Lediglich ein Begutachten des Katastrophenkatasters

Makaber war überdies, dass ausgerechnet die indonesischen Streitkräfte mit der ordnungsgemäßen Überwachung des Referendums betraut blieben! Diese stachelten ihre gedungenen Schergen auf (von der *BBC* durch mitgeschnittene Funkgespräche zwischen beiden Parteien einwandfrei belegt), Dili zu entvölkern, Tausende abzuschlachten und Menschen massenhaft und gewaltsam in die Berge oder nach Westtimor zu treiben. „Da das Pogrom vorauszusehen war“, schrieb der indonesische Historiker John Roosa am 15. September in der *New York Times*, „hätte man es leicht verhindern können. Aber in den Wochen vor der Abstimmung weigerte sich die Clinton-Regierung, mit Australien und anderen Ländern über eine internationale Truppe zu diskutieren. Selbst nach dem Ausbruch der Gewalt zögerte die Regierung noch mehrere Tage lang“, während UN-Generalsekretär Kofi Annan zunächst abwiegelte und Indonesien lediglich empfahl, seinen Pflichten nachzukommen.

Nachdem die Milizen, aufgestachelt und gedeckt von der indonesischen Soldateska, ihr Unwesen getrieben und dafür Sorge getragen hatten, dass ein – wenn schon unabhängiges – Osttimor auf Dauer politisch ein fragiles Gebilde und ökonomisch ein Schutthaufen bleibt, ging das Kalkül der Machthaber in Jakarta auf. Sie hatten durch die politisch-diplomatische Hinhaltetaktik ihres Außenministers Ali Alatas Zeit geschunden und den Militärs die Bereinigung ihrer gröbsten Blut- und Plünderspuren ermöglicht, bis sie schließlich gönnerhaft signalisierten, einer UN-Intervention stünde nichts im Wege.

In diesem Sinne war die erst am 15. September 1999 zustande gekommene Resolution 1264 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, nachdem deren letzter Beobachtungsposten in Dili zeitweilig geräumt worden war, ein verspätetes, untaugliches Unterfangen, in Osttimor „humanitär zu intervenieren“. Als dann ab dem 20. September die ersten Kontingente der bis zu 7.500 Soldaten umfassenden multinationalen Friedenstruppe *INTERFET* unter dem Kommando des australischen Vietnam-Veteranen, Generalmajor Peter Cosgrove, dort anlandeten, mussten sie sich zuvörderst als Leichenbeschauer und Vermesser des Grauens betätigen. Das Gros der Schlächter hatte sich ins benachbarte indonesische Westtimor abgesetzt, die dorthin verjagten Osttimoresen als Manövriermasse drangsalierend und von dort aus die nächsten Schritte einer gezielten Destabilisierung der Region planend.

„Sollten die Osttimoresen sich für die Unabhängigkeit entscheiden, wird die UNO Zug um Zug die Verantwortung für das Gebiet übernehmen, und dazu gehört auch irgendein

Sicherheitsarrangement“, hatte Australiens Außenminister Alexander Downer vor dem Referendum erklärt. Doch gleichzeitig weigerte sich Canberra, ein solches Sicherheitsarrangement zum Schutz der bereits von den Militärs und ihren Milizen in die Zange genommenen osttimoresischen Zivilbevölkerung zu treffen. Es sollte der Eindruck vermieden werden, man bezöge Position für die FRETILIN – ein fadenscheiniger Hinweis angesichts der Tatsache, dass diese nie umworben ward, wovon vor allem die australischen Kritiker der indonesischen Osttimor-Politik ein Lied singen konnten. Ihre Berichte über die Geschehnisse dort wurden häufig zensiert oder gar nicht erst veröffentlicht. Seit der Annexion Osttimors haben sämtliche australischen (einschließlich der Labour-) Regierungen alles getan, um sich mit Jakarta ins Benehmen zu setzen und mit Rücksicht auf florierende Wirtschaftsbeziehungen keine Verstimmung wegen Osttimor aufkommen zu lassen.

Exkurs II: Balibo Five oder Vertuschungen & straffreier Journalistenmord

Bei den sogenannten *Balibo Five* handelte es sich um fünf Fernsehjournalisten, die im äußersten Nordwesten Osttimors – in der Kleinstadt Balibo Vila – am 16. Oktober 1975 als ungebetene Zeugen der beginnenden Invasion indonesischer Truppenverbände ermordet wurden. Am Tag ihres Todes filmten sie vom alten Fort in Balibo aus den Einmarsch indonesischer Streitkräfte, welcher der Vorbereitung der eigentlichen Invasion am 7. Dezember 1975 diente, um die Fortexistenz eines unabhängigen Staates Osttimor zu vereiteln.

Die Balibo Five waren der Neuseeländer Gary Cunningham (Kameramann) und die beiden Australier Greg Shackleton (Reporter) und Tony Stewart (Ton) vom Melbourner Sender HSV-7 sowie die Briten Brian Peters und Malcolm Rennie vom Fernsehsender TCN-9 aus Sydney. Augenzeugenberichte gaben an, die Reporter seien erschossen beziehungsweise einer von ihnen erstochen worden, nachdem sie sich bereits ergeben hatten. Der ehemalige indonesische Informationsminister Muhammad Yunus Yosfiah wurde von verschiedenen Seiten beschuldigt, damals als Offizier im Range eines Hauptmanns der *Spezialkräfte* den Briten Brian Peters selbst erschossen zu haben, ein Vorwurf, den Yosfiah später bestritt.

Nachdem das indonesische Militär zunächst solche Taten rundweg bestritt, rechtfertigte es zum späteren Zeitpunkt die Tötung der Kamerateams damit, dass die Männer „Kommunisten“ und „Sympathisanten der FRETILIN“ gewesen seien. Auch wurde versucht, die Tötung der FRETILIN selbst in die Schuhe zu schieben beziehungsweise osttimoresischen Milizen, die gegen die FRETILIN kämpften. Heute indes gilt als historisch gesichert, dass die Reporter getötet wurden, um die Vorbereitungen für eine großangelegte Invasion indonesischer Truppen in Osttimor zu vertuschen. Der australische Reporter Roger East, der das Schicksal der Balibo Five aufklären wollte, wurde im Laufe der offenen

Invasion Indonesiens in Osttimor ab dem 7. Dezember 1975 von indonesischen Soldaten buchstäblich hingerichtet und sein Leichnam über die Kaimauer in Dili geworfen.

Die sterblichen Überreste der Balibo Five wurden verbrannt und später ohne das Einverständnis ihrer Familien in Jakarta begraben. Eine unrühmliche Rolle wird bei alldem dem damaligen australischen Botschafter in Jakarta, Richard A. Woolcott, zugeschrieben. Während seiner dortigen Amtszeit von 1975 bis 1978 erwies sich der Diplomat als knallharter Apologet der indonesischen Seite und einer engen australisch-indonesischen Kooperation – immerhin ging es um die Nutzung und weitere Erschließung ergiebiger Gas- und Erdölvorkommen in der Timorsee im Seegebiet zwischen Nordaustralien und dem Süden Osttimors. Der Botschafter war auch an der unzeremoniellen Beisetzung der Balibo Five auf einem Friedhof in der indonesischen Hauptstadt zugegen. Woolcott bedauerte den Tod der Journalisten, hob gleichzeitig aber die „Verantwortungslosigkeit" der betroffenen Sendeanstalten hervor, sich überhaupt auf ein „so riskantes Unterfangen" eingelassen zu haben.

Australische Untersuchungen aus dem Jahr 2007 implizierten, dass selbst der damalige Premierminister Australiens, Gough Whitlam, die Ermordung der Journalisten durch das indonesische Militär befürwortet habe. Whitlam bestritt dies. Einige Pressemeldungen berichteten von Zeugen, die den indonesischen Militärsprechfunk abgehört hatten, über den gemeldet wurde: „Gemäß ihren Anweisungen wurden fünf Journalisten aufgespürt und erschossen." Das Gericht kam in seinen Ergebnissen, die am 15. November 2007 vorgelegt wurden, zu dem Schluss, dass die Balibo Five hingerichtet wurden. Zeugenbefragungen und die Einsicht von Geheimdokumenten würden zu dem Ergebnis führen. Ein Mitglied des Untersuchungsteams forderte, dass Yosfiah und sein Mittäter, Christoforus da Silva, angeklagt werden sollten. Ersterer habe die Hinrichtung von mindestens drei Reportern angeordnet, da Silva habe den fünften Journalisten erstochen.

Nach Aussage eines Sprechers des indonesischen Außenministeriums Anfang März 2007 gilt der Fall in Jakarta als abgeschlossen. Dort beharrt man weiterhin auf der Version, die Balibo Five seien in einem Kreuzfeuer ums Leben gekommen. Im November 2007 erklärte ein Sprecher des indonesischen Außenministeriums kategorisch: „Sie *(die Untersuchungsergebnisse – RW)* ändern die Haltung Indonesiens nicht, dass für uns der Fall abgeschlossen ist, und wir bleiben weiterhin bei dem Standpunkt, dass sie *(die Balibo Five – RW)* durch das damalige Kreuzfeuer der Konfliktparteien getötet wurden. Egal, was die Empfehlung des Untersuchungsgerichts ist, es wird Indonesiens Position in dieser Sache nicht ändern."

All diese Geschehnisse lieferten Stoff für den im Jahre 2009 uraufgeführten, 111 Minuten

dauernden Film *Balibo* des australischen Regisseurs Robert Connolly, der in Indonesien nicht gezeigt wurden durfte. Im Vordergrund dieses aufrüttelnden, unter die Haut gehenden Politthrillers steht die Geschichte des australischen Journalisten Roger East, der – vom jungen José Ramos-Horta gedrängt, vor Ort über das Schicksal der zuvor ums Leben gekommenen fünf Kollegen zu recherchieren – selbst Zeuge des Einmarsches indonesischer Invasionstruppen in die Hauptstadt Dili und dort von den neuen Machthabern buchstäblich exekutiert wurde.

Gedämpfter Optimismus, getrübte Friedensperspektiven

Kläglich versagt haben in diesem Konflikt sowohl die UN als auch die „westliche Wertegemeinschaft". Deren jahrelanges Tolerieren der indonesischen Okkupation Osttimors bestärkte Jakarta in seiner Einschätzung, dass beide keine Politik verfolgten, die sich ernsthaft gegen seine Interessen richten würde.

„Möglicherweise hätten bereits vor dem Referendum stationierte Ordnungskräfte einen Ausbruch der Gewalt in Osttimor verhindern können", schrieb der Züricher Völker- und Staatsrechtler Daniel Thürer. „Jakarta hatte das zwar stets abgelehnt, völkerrechtlich hätten solche Kräfte wohl aber auch ohne die Zustimmung Indonesiens entsandt werden können. Mit dem dafür benötigten Personal in der Hinterhand hätte Kofi Annan druckvoller gegenüber der indonesischen Regierung argumentieren können, der präventiven Stationierung einer Polizeitruppe zuzustimmen".[14] „Osttimor", so Thürers Fazit, „ist ein weiteres Lehrstück dafür, dass den Menschenrechten, der Demokratie und dem humanitären Völkerrecht nicht erst dann der nötige Respekt gezollt werden darf, wenn es bereits zu spät ist".

Dass es sich hier eindeutig um „gutartigen Terror" handelte, bewies nicht zuletzt das gescheiterte Unterfangen, ein den Jugoslawien- und Ruanda-Tribunalen vergleichbares internationales Schiedsgericht zu Indonesien einzusetzen. Eine Malaise, die im Folgenden auf den Punkt gebracht wurde:

> „Der Widerstand seitens der indonesischen Regierung und die mangelnde Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ließen die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes jedoch in weite Ferne rücken, wenngleich sich die UN diese Option bis zum heutigen Tage zumindest formell offen halten. Stattdessen akzeptierte man zunächst den Vorschlag Indonesiens, im Rahmen seiner nationalen Gerichtsbarkeit Prozesse gegen eine Reihe von Verdächtigen anzustrengen. Hierzu musste allerdings erst die notwendige Rechtsgrundlage

> geschaffen werden, was schließlich mit der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 26/2000 über die Errichtung von Menschenrechtsgerichtshöfen erfolgte. Mit diesem Gesetz, das weithin als Schritt in die richtige Richtung begrüßt wurde, und der Umsetzung in Form der im März 2002 in Jakarta eröffneten Hauptverhandlungen vor dem Ad-hoc-Menschenrechtsgerichtshof betrat Indonesien Neuland. Aufgrund seiner Unerfahrenheit sowie der innenpolitischen Rahmenbedingungen Indonesiens blieben Zweifel an der Seriosität der Verfahren bestehen. Prominente Verdächtige, wie der ehemalige Oberbefehlshaber des Heeres und Verteidigungsminister Wiranto, der frühere Geheimdienstchef Zacky Anwar Makarim sowie der Oberkommandierende der Milizen, João Tavares, fanden sich entgegen den Empfehlungen der vom Staat eingesetzten Untersuchungskommission KPP-HAM nicht auf der Liste der Angeklagten. Anklage wurde nur noch gegen 18 Personen erhoben, von denen keiner in Untersuchungshaft genommen wurde.“[15]

Die demokratisch eindrucksvoll legitimierte FRETILIN blieb mit einem Sieg konfrontiert, um den man sie keineswegs beneiden mochte. Sie blieb in dem Dilemma gefangen, einen eigenen Verwaltungsapparat und ein eigenes (Aus-)Bildungs- und Wirtschaftssystem aufbauen zu müssen. Als langjähriges Objekt externer Kolonialisierung und interner Kolonisierung ward nahezu der gesamte Handels- und Wirtschaftssektor Osttimors von Geschäftsleuten aus Sulawesi, Java und anderen indonesischen Inseln dominiert, die ihre Pfründe nicht kampflos preisgaben.

So erstaunlich die Resilienz des überwiegenden Teils der osttimoresischen Bevölkerung war, was sich beispielsweise im Zuge des Referendums und der späteren Parlamentswahlen zeigte, so zwiespältig gestaltete sich der von der neuen politischen Führungsriege eingeschlagene Kurs zur Aufarbeitung der Vergangenheit beziehungsweise der verfolgte Weg zur Aus- und Versöhnung.

„Timor Lorosa‘e ist der offizielle Name des Staates, der am 20. Mai auf dem Gebiet von Osttimor gegründet wurde“, schrieb Any Bourrier, Journalistin bei *Radio France International* und von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 mit dem Aufbau der Medien in Osttimor beauftragt.

> „Allen pessimistischen Prognosen zum Trotz scheint der Übergang zur Demokratie gelungen zu sein. Angesichts der pragmatischen Führung des am 14. April mit 83 Prozent der Stimmen gewählten Präsidenten und einer großen

> Bereitschaft der Bevölkerung und der lokalen politischen Eliten, das Projekt eines eigenen Staates voranzubringen, sind die Aussichten für die Zukunft vielversprechend. ‚Timorisation' heißt das Schlagwort, unter dem die Bevölkerung ihr Schicksal in die eigenen Hände nimmt.
>
> Am 20. Mai 2002 wurde ein neuer unabhängiger und demokratischer Staat geboren. Mit einem Parlament in der Hauptstadt Dili, wo seit den Wahlen vom August 2001 die Abgeordneten von 12 der 16 neuen politischen Parteien Osttimors tagen; mit einem demokratisch gewählten Präsidenten, dessen Machtbefugnisse begrenzt sind – in einem Regierungssystem, das nach dem Willen der verfassunggebenden Versammlung ein Mittelding zwischen präsidialem und parlamentarischem System darstellt; und mit einer Regierung unter Führung von Premierminister Mari Alkatiri, die von der Mehrheitspartei in der Versammlung, der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit Osttimors (Fretilin) gebildet wurde. Osttimor befindet sich somit auf dem Weg zur politischen Normalität."[16]

Nach 2002 blieben in Indonesien und Osttimor gleichermaßen jene Schritte und Maßnahmen in höchstem Maße kritikwürdig, die von den politisch Verantwortlichen aus jeweils unterschiedlichen Gründen gewählt wurden, um Gerichtsverhandlungen, Wahrheitskommissionen und zaghaft in Gang gesetzte Versöhnungsprozesse in ihr Gegenteil zu verkehren und nach erfolgten Amnestien auf kollektive Amnesie zu setzen. Ging es in diesem Sinne Jakarta wesentlich darum, sein Tun und Handeln zu vertuschen oder zu deodorisieren, verfolgte man in Dili das Kalkül, Jakarta mit keiner allzu harschen Kritik zu verprellen und sich so eines halbwegs friedlichen Nebeneinanders als neuem modus vivendi zu versichern.

In diesem Zusammenhang enttäuschte Präsident Xanana Gusmão, ehemals gefeierter Befreiungskämpfer gegen das koloniale Joch und die indonesische Militärdiktatur, seine Anhänger und ehemaligen Weggefährten zutiefst, als er, immerhin auch international bekannter politischer Gefangener des Suharto-Regimes, in einer Parlamentsansprache am 28. November 2005 in Dili die Veröffentlichung des gerade erst von der sogenannten Wahrheitskommission des Landes erstellten Berichts ablehnte. In diesem 2.500 Seiten starken Dokument ging es um die Menschenrechtsverbrechen Indonesiens von April 1974 bis zum Abzug seines Militärs im Oktober 1999 gegen die Zivilbevölkerung Osttimors. Präsident Gusmão weigerte sich überdies, westliche Regierungen zur Wiedergutmachung aufzufordern, die die Besetzung Osttimors durch Indonesien gebilligt und dessen Machthaber mit Waffen und militärischem Know-how beliefert hatten.

Gusmãos Rede fiel auf ein geschichtsträchtiges Datum. Genau 30 Jahre zuvor hatte ja die aus Wahlen siegreich hervorgegangene FRETILIN, deren Führer er damals war, die Demokratische Republik Osttimor ausgerufen. Nunmehr, so lautete die an die Adresse Gusmãos gerichtete Kritik, habe er sich zum Sachwalter einer Politik des Verschleierns, Verschweigens und Vergessens aufgeschwungen, um die Beziehungen zum übermächtigen Nachbarn Indonesien nicht zu belasten.

Die Deutsche Kommission *Justitia et Pax*, eine katholische Menschenrechts- und Entwicklungshilfeorganisation, appellierte in einer am 2. Dezember 2005 gemeinsam mit *Misereor, missio* und der Menschenrechtsorganisation *Watch Indonesia!* veröffentlichten Presseerklärung an das Parlament von Osttimor, den Bericht und die Empfehlungen der Wahrheitskommission öffentlich zu machen und sicherzustellen, dass die Bevölkerung in Osttimor, insbesondere die Opfer und ihre Familien, Kenntnis davon erhalten. Schließlich wurde der umfangreiche Bericht ein Jahr später auf die Website des rührigen US-amerikanischen *East Timor and Indonesia Action Network (ETAN)* online gestellt.

Kein Wunder, dass so alte Wunden nicht vernarben wollten und sich neue Friktionen auch und gerade innerhalb der politischen Führung Osttimors anbahnten, in deren Verlauf zudem mehr schlecht denn recht unter „Deckeln“ gehaltene ethnische Ost-West-Rivalitäten aufbrachen.

> „Seit seiner Unabhängigkeit ist Osttimor ein fragiler Staat. Weder die Stabilität des Landes noch die praktische Funktionsfähigkeit seiner politischen Institutionen sind bislang so gefestigt, dass Staatszerfallsprozesse und ein Rückfall in den Bürgerkrieg ausgeschlossen werden können. Die Revolte eines Teils der osttimoresischen Armee unter Alfredo Reinado, die Unruhen im Anschluss an die Wahlen zur Nationalversammlung im Sommer 2007 und die Attentate auf Premierminister Xanana Gusmão und Präsident José Ramos-Horta im Februar 2008 führten sowohl der Bevölkerung des Landes als auch der internationalen Staatengemeinschaft einmal mehr die Schwäche der Staatlichkeit in der jungen Demokratie vor Augen. Nach wie vor ist Osttimor auf die Präsenz internationaler Polizeikontingente – derzeit etwa im Rahmen der UNMIT (United Nations Integrated Mission in Timor-Leste) – angewiesen. Sicherlich sind die Faktoren, welche die Krisen des Landes auslösten, vielfältig und großteils außerhalb des formalen Verfassungsaufbaus und der Funktionsweise der staatlichen Institutionen zu verorten: Von der prekären wirtschaftlichen und sozialen Situation, von der nach wie vor ungeklärten Frage nach dem Umgang mit den Traumatisierungen der Vergangenheit und von der Sprengkraft, die von

> den aufbrechenden ethnischen und kulturellen Konfliktlinien ausgeht, hängen Erfolg und Misserfolg des Stabilisierungs- und Demokratisierungsprozesses ab.“[17]

Osttimor – Eine kurze Chronologie

16. Jahrhundert: Portugal treibt seit dem frühen 16. Jahrhundert Handel mit Timor und beginnt um 1650, die Insel zu kolonialisieren.

1859: Regionale Rivalitäten zwischen den Kolonialmächten Portugal und den Niederlanden, die das Gebiet des heutigen Indonesien kontrollieren, führen zu einem Aufteilungsvertrag; Portugal tritt die westliche Hälfte der Insel Timor an die Niederlande ab.

1942 – 1945: Japan okkupiert Osttimor, wenngleich Portugal während des Zweiten Weltkriegs Neutralität wahrt.

1945 – 1975: Portugal bleibt weitere drei Jahrzehnte Kolonialmacht.

28. November 1975: Die Befreiungsbewegung Fretilin erklärt Portugiesisch-Timor (Osttimor) für unabhängig und ruft die Demokratische Republik Osttimor aus.

7. Dezember 1975: Indonesien erkennt die neue Republik nicht an und erteilt dem Militär Order, in Osttimor einzumarschieren und das Land zu besetzen.

Juli 1976: Osttimor wird von Indonesien annektiert und offiziell zu dessen 27. Provinz erklärt.

Ab Juli 1976: Mehrere blutige „Befriedungsfeldzüge“ des indonesischen Militärs, in deren Verlauf ein Viertel der Bevölkerung das Leben verliert, lassen die Insel nicht zur Ruhe kommen.

12. November 1991: In Osttimors Hauptstadt Dili kommt es zur ersten Großdemonstration gegen die indonesischen Besatzer. Auf dem Friedhof von Santa Cruz werden 271 Menschen von indonesischen Militärs erschossen, 382 werden verletzt und weitere 270 Menschen „verschwinden“ spurlos. Dieses als Santa-Cruz- bzw. Dili-Massaker in die Annalen eingegangene Verbrechen lenkt nach 16-jähriger indonesischer Okkupation erstmalig die internationale Aufmerksamkeit auf Osttimor.

Dezember 1996: Der katholische Bischof von Dili, Carlos Filipe Ximenes Belo, und der

damalige Sprecher der Unabhängigkeitsbewegung im Ausland, José Ramos-Horta, erhalten für ihr Engagement den Friedensnobelpreis.

***21. Mai 1998*:** Indonesiens Präsident Hadji Mohamed Suharto tritt zurück und benennt seinen Vize Bacharuddin Jusuf Habibie zu seinem Nachfolger, der seinerseits ein alsbaldiges Referendum in Osttimor in Aussicht stellt.

30. August 1999: Die indonesische Soldateska entfesselt, von pro-indonesischen Milizen beziehungsweise „pro-integrationistischen Elementen" aus Westtimor tatkräftig unterstützt, ein erneutes Massaker in Osttimor, als dessen Bevölkerung im Referendum mit 78,5 Prozent für die Unabhängigkeit der ehemaligen portugiesischen Kolonie stimmt.

Ende September 1999: Nachdem „der Westen" und die UN wochenlang untätig geblieben waren, als in Osttimor Gewalt und Chaos herrschten, gelingt es der maßgeblich von Australien geführten *International Force for East Timor (INTERFET),* das Brandschatzen und Morden zu beenden.

20. Mai 2002: Osttimor wird international als souveräner Staat Timor Lorosa'e oder Timor-Leste anerkannt und bildet mit den Philippinen die einzigen beiden Länder in Südostasien mit einer sich überwiegend zum römisch-katholischen Glauben bekennenden Bevölkerung.

28. November 2005: Osttimors früherer Chef der FALINTIL und nunmehrige Präsident Xanana Gusmão plädiert im Parlament dafür, den Abschlussbericht der Wahrheitskommission nicht publik zu machen. ***(Zusammenstellung: Rainer Werning)***

Literaturempfehlungen

- Steve Cox, Peter Carey (1995): Generations of Resistance – East Timor. London
- James Dunn (2003): East Timor: A Rough Passage to Independence. Double Bay, N.S.W. (Australia)
- Matthew Jardine (1999): East Timor: Genocide in Paradise. Monroe, ME
- Jill Jolliffe (2002): Cover-up: The inside Story of the Balibo Five. Carlton North (AUS)
- Heike Krieger (Ed. -1997): East Timor and the International Community: Basic Documents. Melbourne

- Henri Myrttinen, Monika Schlicher und Maria Tschanz (Hg. – 2011): "Die Freiheit, für die wir kämpfen …": Osttimor in der Unabhängigkeit. Ein politisches Lesebuch. Berlin
- Roland-Pierre Paringaud (2002): Timor Lorosa'e, au carrefour de l'Asie et du Pacifique, un atlas géo-historique. Marne-la-Vallée/Bangkok, Mai
- Constancio Pinto (1997): East Timor's Unfinished Struggle: Inside the Timorese Resistance. Boston
- Death of a Nation: The Timor Conspiracy (1994). In diesem britischen Dokumentarfilm, produziert von David Munro für das britische Central Independent Television, prangert der Investigativjournalist John Pilger den indonesischen Massenmord in Osttimor an und zeiht in scharfen Tönen Australien, die USA und Großbritannien der Hauptmittäterschaft an den Verbrechen: de.wikipedia.org/wiki/Death_of_a_Nation:_The_Timor_Conspiracy – siehe dazu auch: journal21.ch/powerplay-gegen-den-kleinen-nachbarn
- John Roosa (2006): Pretext for Mass Murder: 30 September Movement & Suharto's Coup D'état. Madison, WI
- Monika Schlicher (2005): Osttimor stellt sich seiner Vergangenheit: Die Arbeit der Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission. Hg. von missio, Aachen missio-hilft.de/missio/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/menschenrechtsstudien/mr-studie-025-osttimor-de.pdf
- Monika Schlicher/Henri Myrttinen (2013): Osttimors unvollendete Aufarbeitungsprozesse. Helden und Opfer: Die Konkurrenz um Anerkennung und Reparationen. Hg. von missio, Aachen missio-hilft.de/missio/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/menschenrechtsstudien/mr-studie-052-osttimor.pdf
- John G. Taylor (1991): Indonesia's Forgotten War: The Hidden History of East Timor. London
- Adrian Vickers (2013): A History of Modern Indonesia. (2nd Ed.) New York
- Rainer Werning (1985): Indonesien 1965-1985: Lange Schatten des Terrors. Münster

Links

- Watch Indonesia! Für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V., Berlin watchindonesia.de/
- Die Deutsche Osttimor Gesellschaft (DOTG e.V.) war ein gemeinnütziger, konfessionsloser und überparteilicher Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die deutsch-osttimoresischen Beziehungen mitzugestalten. Die DOTG hat sich zum 31.01.2018 als eigenständiger und eingetragener Verein aufgelöst und setzt ihre Arbeit seitdem im Rahmen der Strukturen der Stiftung Asienhaus mit Sitz in Köln fort osttimor.de
- East Timor and Indonesia *Action* Network (ETAN) etan.org/
- Weitere Links ad *Balibo Five*: scoop.co.nz/stories/WO0009/S00124.htm; rsf.org/en/news/australian-government-alleged-have-covered-murders-five-journalists-balibo & vuir.vu.edu.au/25929/1/TAPOL186_compressed.pdf

---

[«1] Rainer Werning (2016): Indonesien: Kontrollierte Konterrevolution, in: BlickWechsel, hg. von der Stiftung Asienhaus. Oktober, Köln asienhaus.de/uploads/tx_news/2016_OKT__Blickwechsel__Indonesien.pdf

[«2] Åsa Linderborg (2005), Selektives Schweigen. Zwei Völkermorde, die wir offensichtlich vergessen sollen: Indonesien 1965 und Osttimor 1975, in: Aftonbladet ((Stockholm) vom 27. Oktober (Übersetzung aus dem Schwedischen: Renate Kirstein)

[«3] Donald Greenlees (2005): Complicity shown in Timor takeover, in: International Herald Tribune (Paris) vom 1. Dezember

[«4] Handelsblatt (Düsseldorf) vom 6. Januar 1970

[«5] Zit. nach: Sendemanuskript des Fernsehmagazins *Monitor,* WDR/Köln, ausgestrahlt am 10. Oktober 1996 – hernach kurz: *Monitor*

[«6] Carlos Kunze (1998): Ein aufgeklärter Offizier, in: Jungle World (Berlin), 18. August; Michael Lenz (2020): Massenmord mit deutscher Hilfe, in: Neues Deutschland (Berlin) vom 1. Oktober neues-deutschland.de/artikel/1142551.indonesien-massenmord-mit-deutscher-

hilfe.html & villagechief.com/mot/Prabowo.htm – Nach seiner Rückkehr aus Jordanien startete Ex-General Prabowo Subianto ein politisches Comeback. Zwar wurde er bei den Präsidentschaftswahlen in den Jahren 2014 und 2019 jeweils von Joko Widodo – genannt Jokowi – geschlagen, deren Ergebnisse focht er aber beide Male vehement an. Doch seit Oktober 2019 sitzt Prabowo ungeniert als Chef des Verteidigungsressorts im Kabinett von Präsident Jokowi, der ihn quasi politisch kooptierte. In seiner neuen Funktion weilte Prabowo erst im vergangenen Monat zur Stippvisite in Österreich, um in Wien mit seiner Kollegin Klaudia Tanner (ÖVP) über den Erwerb von 35 Eurofigther zu verhandeln – s.: diepresse.com/5885349/15-eurofighter-fur-indonesien-klaudia-tanners-erstes-verkaufsgesprach

[«7] *Monitor*

[«8] Ebd.

[«9] Ebd.

[«10] Australian Financial Review (Sydney) vom 14. August 1999 unter Bezug auf ein Radiointerview

[«11] Bericht an den UN-Sicherheitsrat über die UNAMET-Mission nach Jakarta und Dili, 8. bis 12. September 1999

[«12] Siehe u.a.: Jakarta's Bloody Hands: Military Back Killings, in: Sydney Morning Herald vom 6. September 1999; UN Finds High-level Army Terror Role, in: The Age (Melbourne) vom 5. September 1999 & Victims ›left to die‹ on streets where they fell, in: South China Morning Post (Hong Kong) vom 11. September 1999

[«13] Noam Chomsky (1999): Unversöhnliche Erinnerung – Osttimor und der Westen, in: Le Monde diplomatique, dt. Ausgabe, Berlin/Zürich (Oktober), S. 7 / archive.vn/20120710160850/http://chomskyarchiv.de/artikel/unversohnliche-erinnerung-osttimor-und-der-westen

[«14] Zit. nach: Entwicklung & Zusammenarbeit, 10/99, S. 285, Berlin (Okt.) 1999

[«15] Bernd Häusler (2003): Gerechtigkeit für die Opfer. Eine juristische Untersuchung der indonesischen Menschenrechtsverfahren zu den Verbrechen auf Osttimor im Jahr 1999. Hg. von der Deutschen Kommission Justitia et Pax, S. 7f., Bonn

[«16] Any Bourrier (2002): Osttimor: Vergebung und Pragmatismus, in: Le Monde

diplomatique, dt. Ausgabe, Berlin/Zürich (Juni)

[«17] Jakob Lempp (2008): Aktuelle Entwicklungen in Osttimor: Politisches System, Parteien und Wahlen in Osttimor, in: Osttimor am Scheideweg, Essen, Focus Asien Nr. 31, S. 14